



AUSGABE 114
Dezember 2012

ANALYSEN & ARGUMENTE

Klimawandel und Sicherheitspolitik

Patrick Schünemann (ext.)

Die globalen Veränderungen des Klimas wirken sich auf den Menschen und seine Umgebung sehr unterschiedlich aus. Für Länder mit niedriger Wirtschaftsleistung, schwachen Governance-Strukturen und hoher Bevölkerungsdichte ist jedoch mit einem besonderen Gefährdungspotential zu rechnen. Die Folgen des Klimawandels sind aber nicht regional begrenzt, im Gegenteil: In einer globalisierten Welt kann die Destabilisierung einzelner Regionen signifikante Auswirkungen auf die Politik anderer Staaten haben. Mit dem Klimawandel können verschiedene Entwicklungen einhergehen und sich gegenseitig bedingen. In der Arktisregion ist beispielsweise ein Rückgang der Eisfläche zu beobachten. In Nordafrika könnte sich der Klimawandel vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen besonders dramatisch auswirken. Fragen der Wasserversorgung und der steigende Meeresspiegel können an Bedeutung gewinnen. Letztlich zeigt sich aber, dass – mit Ausnahme der Arktisregion – eine unmittelbare Kausalität zwischen Klimawandel und Konflikt nur schwer zu belegen ist.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Christian Hübner
Koordinator Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 74
E-Mail: christian.huebner@kas.de

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift Berlin

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-978-3-944015-29-3



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | EINLEITUNG

3 | ARKTIS

- Physische Veränderungen 3
- Politische Folgen 3
- Lösungsansätze 3

4 | SÜDEUROPA UND NORDAFRIKA

- Physische Veränderungen 4
- Politische Folgen 4
- Lösungsansätze 5

5 | SAHEL

- Physische Veränderungen 5
- Politische Folgen 5
- Lösungsansätze 5

6 | INDIEN, PAKISTAN, BANGLADESCH

- Physische Veränderungen 6
- Politische Folgen 6
- Lösungsansätze 7

7 | SCHLUSS

8 | LITERATUR

DER AUTOR

Patrick Schünemann absolvierte in der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Praktikum.



EINLEITUNG

Die globalen Veränderungen des Klimas wirken sich auf den Menschen und seine Umgebung sehr unterschiedlich aus. Für Länder mit niedriger Wirtschaftsleistung, schwachen Governance-Strukturen und hoher Bevölkerungsdichte ist jedoch mit einem besonderen Gefährdungspotential zu rechnen. Die Folgen des Klimawandels sind aber nicht regional begrenzt, im Gegenteil: In einer globalisierten Welt kann die Destabilisierung einzelner Regionen signifikante Auswirkungen auf die Politik anderer Staaten haben.

Mit dem Klimawandel können verschiedene Entwicklungen einhergehen und sich gegenseitig bedingen. In der Arktisregion ist bspw. ein Rückgang der Eisfläche zu beobachten. Im Jahr 2012 wurde dort der niedrigste jemals gemessene Wert für die Eisfläche gemeldet. Hieraus ergeben sich u.a. Konsequenzen für die internationale Rohstoffpolitik. In Nordafrika könnte sich der Klimawandel vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen besonders dramatisch auswirken. Die Gesamtbevölkerung Nordafrikas wird sich Prognosen zufolge bis 2025 um 95 Millionen Menschen erhöhen. Gleichzeitig ist in der Region eine stagnierende wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten. Fragen der Wasserversorgung und der steigende Meeresspiegel können an Bedeutung gewinnen.

Dieses Papier bietet eine nach Regionen differenzierte Übersicht über zurzeit diskutierte, mögliche Auswirkungen des Klimawandels und ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung. Dabei zeigt sich, dass – mit Ausnahme der Arktisregion – eine unmittelbare Kausalität zwischen Klimawandel und Konflikt nur schwer zu belegen ist.

ARKTIS

Als Arktis wird die Region nördlich des Polarkreises bezeichnet. Hierzu zählen neben dem größtenteils von Eis bedeckten Nordpolarmeer die nördlichen Regionen der Anrainerstaaten, also die USA (Alaska), Kanada, Grönland (Dänemark), Norwegen, Schweden, Finnland und Russland.

Physische Veränderungen

Der auf den Klimawandel zurückzuführende weltweite Temperaturanstieg und das daraus resultierende Schmelzen des Eises wirkt sich in der Arktisregion in dreierlei Hinsicht aus.

1. Bisher unerschließbare Rohstoffe auf dem Festland sowie im Nordpolarmeer werden für den Abbau zugänglich. Durch den Anstieg der Temperatur schmelzen Gletscher und Permafrostböden. Dies hat zur Folge, dass Böden landwirtschaftlich effektiver genutzt werden können und Rohstoffressourcen wie Öl, Gas und Metalle nutzbar wer-

den. Das Abschmelzen der Eisfläche auf dem Nordpolarmeer ermöglicht außerdem Bohrungen auf bisher unzugänglichem Meeresgrund.

2. Der Rückgang der reflektierenden Eisfläche an Land sowie auf dem Wasser führt zu einem zusätzlichen Temperaturanstieg, da mehr von den Sonnenstrahlen in der Atmosphäre bleibt. In der Folge schmelzen Gletscher ab und tragen zum Anstieg des Meeresspiegels bei.
3. Durch die verringerte Eisfläche des Nordpolarmeers können neue Seefahrtswege erschlossen werden, die bisher entweder nicht oder nur in den Sommermonaten befahrbar waren. Konkret handelt es sich hier um die Nordostpassage, welche vom Nordatlantik über Skandinavien und die nördliche Küste Russlands durch die Beringstraße in den Nordpazifik mündet, sowie die Nordwestpassage, die vom Nordatlantik durch die nördlichen Archipole Kanadas ebenfalls durch die Beringstraße im Nordpazifik mündet.

Politische Folgen

Neben dem Streit um die neu zugänglichen Rohstoffe stellen auch die Abbaugelände im Nordpolarmeer sowie die neuen Seefahrtswege das Verhältnis der Anrainerstaaten auf die Probe. Dies führte in der Vergangenheit wiederholt zu Verstimmungen und zu einer verstärkten Militärpräsenz der Anrainerstaaten in der Region, wobei es jedoch zu keinen militärischen Auseinandersetzungen kam. Die neuen Seewege verkürzen die Fahrt von Europa nach Asien enorm und sind daher nicht nur für die Anrainerstaaten wirtschaftlich interessant. Besonders die Durchfahrtsrechte in Hoheitsgebieten verschaffen den jeweiligen Staaten ein vorher nicht dagewesenes Druckpotential, welches sicherheitspolitische Probleme aufwerfen kann. Hierbei ist vor allem die Nordwestpassage zu nennen, bei der die USA und die EU die Gewässer in den kanadischen Archipelen als internationales Gewässer betrachten, Kanada hingegen als eigenes Hoheitsgebiet.

Neben diesem Zerwürfnis gibt es weitere Streitigkeiten zwischen den Anrainerstaaten, zum Beispiel über den Grenzverlauf in der Beringstraße (USA-Russland) und in der Barentssee (Norwegen-Russland). Die hier zu beobachtenden Streitigkeiten um territoriale Besitzansprüche und den Zugriff auf die nun immer besser zugänglichen Rohstoffe sind eine indirekte Konsequenz des Klimawandels.

Lösungsansätze

Mit Blick auf die Rohstoffverteilung haben sich die Anrainerstaaten bereits seit längerem bei den strittigen Grenzverläufen und somit auch bei den Fragen der Rohstoffverteilung darauf verständigt, die Auseinandersetzungen durch interna-



tionale Institutionen regeln zu lassen. Hierzu gehört beispielsweise das Abkommen über die Abgrenzung der Meeresgewässer zwischen Russland und Norwegen vom 15. September 2010, welches die Streitigkeiten um die Aufteilung der Ressourcen in der Barentssee beilegte. Ein weiteres Beispiel ist die Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels (FSGK), bei der sich alle Anrainerstaaten darauf geeinigt haben, die Klärung der offenen Gebietsansprüche auf dem Meeresboden den Vereinten Nationen zu überlassen.

Ähnliche territoriale Streitigkeiten müssen auch für die Nutzung der Seewege geklärt werden. Dies ist allerdings noch nicht in dem Maße vorangeschritten, wie es bei der Klärung der Rohstoffverteilung der Fall ist.

In der „Erklärung von Ilulisaat“ 2008 wurde von allen Anrainerstaaten unterstrichen, dass internationale Regelwerke und die bilaterale Verständigung die Grundlage zur Lösung der Streitigkeiten bilden sollen. Die Folgen des Klimawandels in der Arktis werden aus den genannten Gründen daher aller Voraussicht nach eine geringe bis keine Gefährdung der internationalen Sicherheit darstellen. Trotz dieser Kooperation hat der Rückgang der Eisfläche auf dem Nordpolarmeer zunächst zu Konflikten geführt, welche es dort zuvor nicht gegeben hat.

SÜDEUROPA UND NORDAFRIKA

Südeuropa (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) und Nordafrika (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten) sind zwei Regionen, die mit Blick auf ihre geografischen und klimatischen Bedingungen zukünftig mit ähnlichen Problemen des Klimawandels kämpfen müssen. Ihre Fähigkeiten zum Umgang damit sind jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dennoch ist es sinnvoll, beide Regionen im politischen Zusammenhang zu betrachten, da sie bereits heute z.B. im Bereich der Flüchtlingspolitik eng zusammenarbeiten und zukünftig verstärkt auf Kooperation angewiesen sein werden.

Physische Veränderungen

Auswirkungen des Klimawandels in den Ländern Südeuropas und Nordafrikas sind in erster Linie der Temperaturanstieg, eine verringerte Niederschlagsrate und daher zunehmende Trockenheit sowie Wasserknappheit, besonders in den Sommermonaten. Prognosen zufolge sollen sich die Niederschläge in Südeuropa bis zum Jahre 2050 halbieren und die durchschnittliche Sommertemperatur um zwei bis vier Grad steigen. Die Prognosen für die Länder nördlich der Sahara deuten abnehmende Niederschläge um 20 Prozent bis Ende des Jahrhunderts an. Auch bedroht der Anstieg des Meeresspiegels Küstenregionen, wovon besonders das dicht besiedelte Nildelta betroffen ist. Ein Anstieg des Meeresspiegels

um einen Meter würde in Ägypten 4500 Quadratkilometer Land überfluten. Sechs Millionen Menschen müssten umgesiedelt werden. Eine damit einhergehende Versalzung des Grundwassers wäre verheerend, da 90 Prozent der Trinkwasserversorgung Ägyptens vom Nil abhängig ist.

Politische Folgen

Die politischen Implikationen des Klimawandels unterscheiden sich trotz ähnlicher Auswirkungen in den beiden Regionen erheblich, da die nordafrikanischen Staaten schon heute eine schlechtere Ausgangslage haben als die südeuropäischen. Letztere sind nicht nur konsolidierte Demokratien, sondern besitzen ebenso funktionierende Verwaltungsstrukturen, sind wirtschaftlich vergleichsweise leistungsfähig und haben aufgrund ihrer Einbindung in die EU Zugang zu europäischer Beihilfe. Die Länder Nordafrikas haben erhebliche Defizite in der Wohlfahrts- und Rechtsstaatsfunktion, eine schwache Wirtschaftsleistung, so gut wie keine sozialen Auffangsysteme und eine hohe Abhängigkeit vom Agrarsektor, welcher bei zunehmenden Dürren schrumpfen wird. Darüber hinaus gibt es in den meisten Ländern bereits heute Potentiale für gewaltsame Auseinandersetzungen. Die Umstürze in Tunesien, Libyen und Ägypten stehen auch in Zusammenhang mit der wirtschaftlich prekären Situation der Länder. Die Jugendarbeitslosigkeit in Ägypten z.B. betrug im Jahr 2011 rund 30 Prozent, bei jährlich steigenden Lebenshaltungskosten. Fundamentalistische Gruppen wie al-Qaida haben durch das politische Machtvakuum im Land bereits auf dem Sinai Fuß gefasst und gefährden seither nicht nur den Grenzfrieden mit Israel, sondern auch den für die ägyptische Wirtschaft so bedeutenden Tourismus.

In Marokko ist die Bevölkerung zu 44 Prozent von der Landwirtschaft abhängig. Bereits 1984 führte eine Dürre zu Missernten, steigenden Lebensmittelpreisen und sozialen Unruhen, welche militärisch niedergeschlagen wurden. Abnehmende Regenfälle, steigende Temperaturen, weniger nutzbare Agrarfläche und ein prognostiziertes Bevölkerungswachstum von 40 Prozent (zusätzlich 95 Millionen Menschen) in ganz Nordafrika bis 2025 werden die bereits existierenden Flüchtlingsströme nach Südeuropa also höchst wahrscheinlich verstärken. Die Flüchtlingsproblematik auf Lampedusa lässt bereits heute erahnen, welches Konfliktpotential ein wachsender Strom von Flüchtlingen nicht nur in Italien, sondern auch innerhalb der EU (Stichwort FRONTEX) und im Verhältnis zu den Staaten Nordafrikas birgt.

Die sicherheitspolitischen Folgen klimatischer Veränderungen könnten also über die primär betroffenen Staaten hinausgehen und die gesamte EU betreffen. Da es sich hierbei allerdings um die Verstärkung eines bereits bestehenden Problems handelt, verursacht der Klimawandel im engeren Sinne *keine* neuen sicherheitspolitischen Probleme. Von der



weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der nordafrikanischen Staaten und der Bereitschaft Europas zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge wird es abhängen, ob letztere zu einem wirklichen sicherheitspolitischen Problem im Mittelmeerraum werden.

Lösungsansätze

Auf Grundlage bereits existierender, zwischenstaatlicher Zusammenarbeit könnte der politische und wirtschaftliche Dialog z.B. im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (nach 1995 Barcelona-Prozess, ab 2008 Mittelmeerunion) bzw. der sicherheitspolitische (NATO-Mittelmeerdialog) zwischen den betroffenen Staaten intensiviert werden. Dies würde nicht nur die Möglichkeit zum Wissensaustausch bieten, sondern auch gegenseitiges Vertrauen schaffen und die Kooperation mit internationalen Organisationen wie EU und NATO fördern. Gerade in Nordost-Afrika ist hier auch die *Nile Basin*-Initiative (Nilbeckeninitiative) zu nennen, welche seit 1999 die regionale Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Nils stärkt und eine langfristige wirtschaftliche Nutzung des Nilwassers für alle Staaten ermöglichen soll.

SAHEL

Die Länder der Sahelzone (Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria, Tschad, Sudan) gehören laut dem Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) schon heute zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Erde. Die Armut und die schwache Wirtschaft der Region sind oft auf das fehlende Gewaltmonopol und unzureichende Verwaltungsstrukturen der Staaten zurückzuführen. Die Entwicklung vieler dieser Länder hängt somit stark von finanzieller und logistischer Unterstützung aus dem Ausland ab.

Physische Veränderungen

Die Sahelzone ist eine der am häufigsten von Dürre betroffenen Regionen der Erde. Dies führt bereits heute zu binnen- und überregionalen Konflikten und Flüchtlingsströmen. Nicht nur aus diesem Grund ist die Region besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Durch Temperaturanstieg und geringere Niederschläge wird mit zunehmender Wasser- und somit Nahrungsmittelknappheit gerechnet. Die Bodendegradation wird durch landwirtschaftliche Tätigkeiten und steigende Temperaturen beschleunigt. Die Folgen sind Verstepung und anschließende Wüstenbildung (Desertifikation).

Politische Folgen

Besonders der Konflikt in Darfur aber auch das Phänomen der Piraterie vor der Küste Somalias zeigen, auf welche Weise sich schon bestehende Probleme durch ein schwindendes Gewaltmonopol und Nahrungsmittelknappheit verschär-

fen können. In Darfur hängen 70 Prozent der Bevölkerung direkt von der Landwirtschaft ab. In Zeiten der Hungersnot in der Sahelzone in den 1970er und 1980er Jahren verschlechterte sich das Verhältnis zwischen arabischen Viehzüchtern und afrikanischen Bauern. Da in der Region kein staatliches Gewaltmonopol vorhanden war, gelang es nicht, die Konfliktparteien zu befrieden. Der Darfur-Konflikt nahm dort seinen Anfang. Das UN-Umweltprogramm (UNEP) bezeichnet den bewaffneten Konflikt ab 2003 daher als „ersten Klimakrieg“.

Das Piraterie-Problem am Horn von Afrika ist unter anderem mit dem Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols und der wirtschaftlichen Situation in Somalia zu erklären. Aufgrund der prekären Wirtschaftslage stellt Piraterie für viele Menschen oft die einzige Einnahmequelle dar. Darüber hinaus fehlt es an funktionierenden staatlichen Sicherheitsbehörden, um Piraten bereits auf dem somalischen Festland zu bekämpfen. Nicht umsonst gilt Somalia als Musterbeispiel eines „failed states“.

Ein drittes Beispiel ist die Hungerkatastrophe 2011 am Horn von Afrika. Betroffen waren über zehn Millionen Menschen, besonders in Kenia, Äthiopien und Somalia. Etwa 700.000 Menschen flohen aufgrund der Dürren, darunter alleine knapp eine halbe Million von Somalia nach Kenia, wo binnen kürzester Zeit das größte Flüchtlingslager der Welt errichtet wurde.

Voranschreitende Wüstenbildung, verursacht durch die Folgen des Klimawandels, wird besonders in der Sahelzone die Nahrungsmittelversorgung weiter erschweren. Dies verstärkt bereits bestehende Konflikte und kann, wie im Falle von Darfur und der Piraterie vor der Küste Somalias, neue sicherheitspolitische Probleme entfachen. Die transnationalen Migrationsströme und innerstaatlichen Kriege führen zu regionaler Destabilisierung. Das hat Folgen über die Region hinaus, wie das Beispiel der Piraterie am Horn von Afrika zeigt. Diese Kausalität wird zukünftig noch deutlicher hervortreten, sollten Länder wie Kenia es nicht mehr schaffen, den Flüchtlingsströmen standzuhalten und diese sich verstärkt in Richtung Europa bewegen.

Lösungsansätze

Bei der Problembekämpfung sind unterschiedliche Ansätze erforderlich, welche der jeweiligen Problemlage vor Ort gerecht werden. Durch die Größe und die Vielschichtigkeit der Sahelzone müssen die Länder auf verschiedenen Ebenen unterstützt werden. Ein Beispiel hierfür ist die EU-Mission ATALANTA. Hierbei sollen zum einen Hilfslieferungen des Welternährungsprogramms der UNO geschützt, zum anderen die Piraterie im Golf von Aden bekämpft werden. In der Öffentlichkeit steht allerdings die Bekämpfung der Piraterie



zum Schutze des internationalen Handels im Fokus, bei der das Einsatzgebiet bereits auf bis zu zwei Kilometer ins Landesinnere erweitert wurde. Um die Probleme in Somalia zu lösen, bedarf es allerdings nicht nur des Engagements von Seiten der EU, sondern der gesamten internationalen Gemeinschaft. Es gilt, sich verstärkt auf die Ursachen und nicht nur auf die Symptome der Armut und Kriminalität in Somalia zu konzentrieren.

Neben ATALANTA ist für die Sahelzone auch die UNCCD (*United Nations Convention to Combat Desertification*) von Bedeutung, welche 1977 erstmals in Nairobi abgehalten wurde. Durch die einzelnen nationalen Aktionsprogramme sollen die Faktoren bestimmt werden, welche zur Desertifikation beitragen. Darüber hinaus soll erörtert werden, was im jeweiligen Land zur Vermeidung bzw. Verminderung dieser Faktoren getan werden kann.

INDIEN, PAKISTAN, BANGLADESCH

Am Beispiel der südasiatischen Länder Indien, Pakistan und Bangladesch wird deutlich, in welchem Maße sich die Auswirkung des Klimawandels regional unterscheiden können. So sind Indien und Pakistan gleichermaßen vom Abschmelzen der Gletscher im Himalaya betroffen, wohingegen Bangladesch primär vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht ist.

Physische Veränderungen

Im Vergleich zu vielen anderen Regionen verursacht die Erderwärmung in Südasiens keine Desertifikation, sondern in erster Linie das Abschmelzen der Gletscher im Himalaya, wovon besonders Indien und Pakistan betroffen sind.

Das Abschmelzen des Gletschereises an sich verursacht zunächst ein Anschwellen der Flüsse, das wiederum regionale Überschwemmungen und die Gefahr von brechenden Flussbetten und Staudämmen zur Folge haben kann. Anschließend können Wassermangel und Dürre zu einer Bedrohung werden. Die wasserspendenden Flüsse sind von den Gletschern abhängig. Schon heute ist dieses Phänomen bei den wichtigsten Flüssen der Region wie dem Indus, Ganges und Mekong zu beobachten. Alleine von diesen Flüssen hängen direkt und indirekt knapp 600 Millionen Menschen ab.

Bangladesch auf der anderen Seite wird besonders vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Das Gebiet des dicht besiedelten Gangesdeltas ist dafür besonders anfällig. Hier liegt ein zentrales landwirtschaftliches Anbaugelände, das unmittelbar bedroht ist. Die Landfläche im Delta liegt – ähnlich wie im Nildelta – nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Eine Studie der Weltbank prognostiziert bei einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter den Verlust von 20 Prozent der Landesfläche Bangladeschs.

Politische Folgen

Die klimatischen Veränderungen bringen Probleme mit sich, die durch die extrem hohe Bevölkerungsdichte, die wachsende Bevölkerungszahl und die zunehmende Urbanisierung zusätzlich verstärkt werden. Die indische Bevölkerung wird bis 2020 von heute 1,1 auf 1,4 Milliarden, die pakistanische von 170 auf 220 Millionen und die Bangladeschs von etwa 140 auf 180 Millionen Einwohner ansteigen. Alleine dieser Bevölkerungszuwachs wird die Verwaltungsstrukturen der Länder in den Bereichen der Nahrungsmittelversorgung, Infrastruktur, Stadtplanung und öffentlichen Sicherheit vor enorme Herausforderungen stellen.

Indien mit seiner multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft gilt als größte Demokratie der Welt, welche durch ihr hohes Wirtschaftswachstum und ihr Entwicklungspotential neben China zukünftig eine zentrale Rolle in der internationalen Wirtschaftspolitik einnehmen wird und partiell schon heute einnimmt.

In Pakistan hingegen herrscht zum einen ein erhebliches Demokratiedefizit, auf der anderen Seite verfügen besonders im Grenzgebiet zu Afghanistan lokale Clans und Milizen oft über mehr politischen und militärischen Einfluss, als die Zentralregierung in Islamabad. Politisch kommt für Pakistan zusätzlich die Problematik hinzu, sich einerseits als verlässlicher Partner des Westens zu beweisen und sich andererseits innenpolitisch gegen extremistische Gruppen zu behaupten.

Für die internationale Sicherheit sind in der Region zunächst das Verhältnis der beiden Atomkräfte Indien und Pakistan zueinander und hier besonders der Kaschmir-Konflikt von Bedeutung. Darüber hinaus ist gerade im Hinblick auf den Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan 2014 die Rolle Pakistans für die Stabilität der Region nicht zu unterschätzen.

Das Abschmelzen der Gletscher im Himalaya betrifft aber in erster Linie die von der Landwirtschaft abhängige lokale Bevölkerung und beeinflusst somit das Verhältnis zwischen Indien und Pakistans nur indirekt. Viele Bewohner der Bergregionen wären durch den Rückgang der Flüsse zur Migration gezwungen. Wie der Indus-Wasservertrag von 1960 allerdings zeigt, arbeiten die Erzfeinde Indien und Pakistan trotz gegenseitigem Misstrauen im Bereich der Wasserversorgungssicherheit seit nunmehr über fünfzig Jahren eng zusammen. Eine Abkehr von dieser Politik wäre allerhöchstens durch eine Übernahme der Macht durch radikal-islamische Kräfte in Pakistan vorstellbar. Eine solche Entwicklung würde wahrscheinlicher, sollte der durch den Klimawandel verstärkte Wassermangel die Landwirtschaft und damit die Versorgungssicherheit ganzer Gebiete in Pakistan einschrän-



ken. Soziale Unruhen durch Hunger, Wassermangel, wirtschaftliche Probleme und Versorgungsunsicherheit wären ein potentieller Auslöser für eine solche Entwicklung.

Die Folgen des Klimawandels in Bangladesch hätten für die internationale Sicherheit vergleichsweise geringe Auswirkungen. Die Volkswirtschaft Bangladeschs hängt primär von der Landwirtschaft ab und ist daher besonders anfällig für Veränderungen der Anbaufläche. Daher werden sich im dicht besiedelten Bangladesch bereits vorhandene Spannungen und Konflikte durch die Folgen des Klimawandels verschärfen. Etwa 80 Prozent der Einwohner leben heute unterhalb der Armutsgrenze. Sollte der Meeresspiegel wie prognostiziert um ca. einen Meter steigen, müssten 35 Millionen Menschen in höhere Gebiete fliehen, welche schon heute dicht besiedelt sind. Bangladesch ist der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Erde (1023 Einwohner pro km²; zum Vergleich: Deutschland hat 229 Einwohner pro km²). In der Vergangenheit gab es bereits eine Reihe verheerender Überschwemmungen, wie im Jahre 1998, als etwa eine Millionen Menschen obdachlos wurden. Der Verlust von Wohn- und Anbaufläche würde die Infrastruktur des ohnehin verarmten Landes an den Rand des Zusammenbruchs führen und könnte dadurch massive soziale Unruhen und Migration auslösen. Die Auswirkungen von Flüchtlingsströmen würden von der Aufnahmefähigkeit der Nachbarstaaten (primär Indien) abhängig sein, sich aber auch hier nur auf die unmittelbare Region beschränken.

Für die Länder Indien, Pakistan und Bangladesch ist abschließend festzuhalten, dass besonders das angespannte Verhältnis zwischen den Nuklearmächten Indien und Pakistan im Bereich der internationalen Sicherheit von Relevanz ist, dieses allerdings nur sehr begrenzt von der klimatischen Entwicklung und ihren Folgen beeinflusst wird. Eine durch den Klimawandel hervorgerufene internationale Krise in Südostasien ist daher unwahrscheinlich.

Lösungsansätze

Der Indus-Wasservertrag von 1960 macht deutlich, dass im Bereich der Wasser-Versorgungssicherheit nunmehr eine über 50-jährige Kooperation zwischen Pakistan und Indien besteht. Nach der Teilung beider Länder reduzierte bzw. sperrte Indien 1948 die Wasserzufuhr der Kanäle Divalpur und Upper Bari Daab, da es über die Quellflüsse des Indus verfügte. Auf Drängen der Weltbank unterzeichneten beide Länder einen Vertrag, in dem die Wasseraufteilung und damit der Zugriff auf den Indus geregelt wurde. Dieser Vertrag ist der einzige zwischen beiden Ländern, welcher alle Krisen und Kriege überstanden hat.

Möglichkeiten für Bangladesch, die Gefahren des steigenden Meeresspiegels zu reduzieren, könnten in dem Bau von Deichen, Staudämmen und Entwässerungssystemen liegen. Die Niederlande, wo ein Viertel des Landes unter dem Meeresspiegel liegt, könnten hierfür ein Vorbild sein. Durch ausgefeilte Technik gelingt es dort sogar, Landfläche hinzuzugewinnen. Dieser Lösungsansatz ist allerdings sehr kostspielig und wird für Bangladesch kaum zu bewältigen sein. Daher ist auch hier sowohl internationales Wissen, wie auch finanzielle Unterstützung durch Entwicklungsprogramme der Staatengemeinschaft notwendig.

SCHLUSS

Zusammenfassend ist zum einen besonders deutlich geworden, dass die Folgen des Klimawandels in erster Linie wirtschaftlich schwache Länder treffen. Länder wie die USA und Japan sind trotz zunehmender Häufigkeit und Stärke jährlicher Naturkatastrophen in der Lage, deren kurz- bis mittelfristige Folgen alleine zu bewältigen. Ähnliches gilt für die Länder Südeuropas: Durch die Einbindung und die Unterstützung der Europäischen Union hat die Region trotz ähnlichen klimatischen Bedingungen weniger Probleme, sich auf die Folgen des Klimawandels einzustellen als die Länder Nordafrikas.

Zweitens konnte gezeigt werden, dass der Klimawandel je nach Region sehr unterschiedliche Folgen hat. Zudem wurde deutlich, dass klimatische Veränderungen bereits vorhandene Krisen und Konflikte verschärfen, deren Folgen überregionale Auswirkungen haben können. Mit Ausnahme der Arktis ist die Kausalität zwischen klimatischen Veränderungen und einer Gefährdung der internationalen Sicherheit allerdings nur schwer herzustellen.

Die Arktis ist daher in mehrerer Hinsicht interessant: Neben der Tatsache, dass das Konfliktrisiko in dieser Region groß ist, bieten die Rohstoffvorkommen und die neuen Schifffahrtswege enormes wirtschaftliches Potential. Die wirtschaftlich erfolgreichen und politisch stabilen Anrainerstaaten haben dies erkannt und sich durch zahlreiche Vertragswerke auf eine friedliche Kooperation geeinigt, weshalb eine militärische Auseinandersetzung am Nordpol unwahrscheinlich ist.

Sollte es in naher Zukunft zu keinem verbindlichen, internationalen Vertrag zur Reduzierung der Treibhausgase kommen, muss mit einem weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gerechnet werden. Alle Abkommen und Verträge zur gemeinsamen Wassernutzung, Rohstoffaufteilung oder militärischen Zusammenarbeit würden daher lediglich die Symptome und nicht die Ursachen der Probleme bekämpfen. Arten der Kooperation reichen schon heute von rein sicherheitspolitischen (Frontex, ATALANTA, Mittelmeer-



dialog) über die Aufteilung von Land (FSGK) bis hin zu Wasserverträgen (Nilbeckeninitiative, Indus-Wasservertrag). Diese Abkommen haben zum Teil internationalen, oft aber auch einen sehr spezifischen regionalen Charakter. Internationale Unterstützung und verstärkte regionale Kooperation auf verschiedenen Ebenen sind der Schlüssel zur Vorbeugung und Befriedung zukünftiger Krisenherde.

LITERATUR

- *Auswärtiges Amt (2011): Die Arktis.*
http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/InternatRecht/Einzelfragen/Arktis/Arktis-Grundlagen-text_node.html
- *Cramer, Stefan/ Unmüßig, Barbara (2008): Afrika im Klimawandel. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg.*
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0802.pdf
- *International Crisis Group*
<http://www.crisisgroup.org/en/publication-type/key-issues/thematic/climate-change-and-conflict.aspx>
- *Jakobeit, Cord / Methmann, Chris (2007): Klimaflüchtlinge. Universität Hamburg, Studie im Auftrag von Greenpeace, Hamburg.*
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/klimafluechtlinge_endv.PDF
- *Kaim, Markus (2008): Die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels. SWP-Aktuell 49, Berlin.*
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2008A49_kim_ks.pdf
- *Planungsamt der Bundeswehr (2012): Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert – Umweltdimensionen von Sicherheit: Teilstudie 2; Klimafolgen im Kontext – Implikationen für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika, Berlin.*
<http://www.bundeswehr.de/resource/resource/MzEzNT-M4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY4Mzg2ZjY2Nzk3Nm1NzUyMDIwMjAyM-DIw/Klimafolgen%20im%20Kontext.pdf>
- *Richter, Jörn / Richter, Solveig (2009): Kooperation und Eskalation? Warum Rohstoffknappheit nicht zwangsläufig zu Konflikten führt – in: Internationale Politik (64, November/Dezember 2009, 11-12, S. 10-16), Berlin.*
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/IP_Richter_Richert_ks.pdf
- *UNHCR, UN-General Assembly (2009): Climate Change and its possible Security Implications, New York.*
<http://www.unhcr.org/refworld/docid/4ad5e6380.html>
- *WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin / Heidelberg / New York.*
http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2007/wbgu_jg2007.pdf
- *Winkelmann, Ingo (2007): Wem gehört die Arktis? SWP-Aktuell 56, Berlin.*
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A56_wkn_ks.pdf